

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graefswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Wirtschaftliche Wirkung der Neuordnung der preussischen Staatsbahnverwaltung.

Der Hauptzweck der preussischen Eisenbahn-
reform ist, wie in den Mittheilungen des Geh.
Ober-Regierungs-Raths Dr. Mücke im „Archiv für
Eisenbahnwesen“ ausgeführt wird, die Verbeis-
serung einer größeren Wirtschaftlichkeit und
Beweglichkeit in der Verwaltung des einschlägigen
der Neubauten auch über 28 500 Kilometer
angewachsenen Staatsbahnenwesens. Der Winder-
bedarf an Personal des höheren und inneren
Dienstes ist auf 3050 Arbeitskräfte bemessen wor-
den, darunter 380 höhere, 2180 mittlere Beamte,
60 Unterbeamte und 430 Arbeiter. Freilich be-
trägt dieser Ueberschlag nur auf Schätzungen. In
Prozenten werden im Jahre 1895—96 bei den
höheren Beamten 23,75 v. H., bei den mittleren
Beamten 15,48, bei den Unterbeamten und
Arbeitern des inneren Dienstes 26,31 v. H.
weniger beschäftigt sein. Die Verminderung der
Arbeitskräfte wird in erster Reihe durch die Ste-
lung der überzähligen Beamten zur Disposition
nach dem Gesetz vom 4. Juni 1894 und fobann
durch die Pensionierung dienstfähiger Beamter
erreicht. Die Verhältnisse der nicht weiter ver-
wendbaren aber noch dienstfähigen Beamten sind
in diesem Gesetz in einer allen Rücksichten der
Billigkeit entsprechenden Weise geregelt. In-
gesamt werden 224 höhere Beamte, 663 mittlere
und 21 untere etatsmäßige Beamte mit vollem
Einkommen, nur 34 angestelltsmäßige Beamte mit
unheimlichem Einkommen zur Verfügung gestellt,
zusammen 932 mit einem Aufwande von
3 647 000 Mark. Ein weiterer Theil der über-
zähligen Beamten, für die die bestimmungsmäßigen
Voraussetzungen für die Veretzung in den Ruhe-
stand vorhanden sind, scheidet unter Bezug der
gesetzlichen Pension aus. Der Bestand der
Arbeitskräfte, wie er im Jahre 1893—94 war,
gegen den die Verminderung um 3050
Köpfe eintritt, hat sich übrigens in letzter Zeit
erheblich vermindert, da der Ersatz aus-
scheidender Kräfte auf das unbedingt Nothwendige
beschränkt ist, und insbesondere Supernumerare
seit April 1893 überhaupt nicht mehr eingestellt
sind. Nach Abzug der oben erwähnten 932 Be-
amten sowie derjenigen Beamten und Arbeiter,
die durch Tod oder aus sonstigen Gründen aus dem
Dienst scheiden, würden noch etwa 930 Personen
überzählig bleiben, darunter 100 Hilfsbeamte
und Arbeiter der inneren Verwaltung und 830 Beamte
und im mittleren Dienst beschäftigte Gehilfen.
Für Erstere wird nach Möglichkeit gesorgt werden,
wenn sich bei dem häufigen Wechsel des Arbeiter-
personals leicht Gelegenheit finden wird; unter den
830 Beamten und Gehilfen aber befinden sich
540 Gehilfen, die auch unter gewöhnlichen Ver-
hältnissen keine Aussicht auf Weiterbeschäftigung
im Eisenbahndienst hatten, und deren Entlassung da-
her nichts im Wege steht. Die übrigen 290 Per-
sonen sollen einwilligend ohne Kürzung der Be-
lohnung weiter beschäftigt werden; ist aber eine
Entlassung nicht zu vermeiden, so sollen die
Entlassenen bei eintretenden Vakanten in erster Lin-
ge berücksichtigt werden. Auch ist ein Unterstü-
tungs-fonds von 75 000 Mark vorgezogen worden. Die
durch Verminderung des Personals erforderliche
verdrängende beträchtliche Verminderung der etats-
mäßigen mittleren Beamtenstellen soll nach und
nach durch Nachbesetzung der frei werdenden
Stellen erfolgen. Die durch die Neuorganisation
nötig werdenden Mehrausgaben fallen gegenüber
den Ersparnissen nicht ins Gewicht. Durch
Winderbedarf an Arbeitskräften allein wird eine
dauernde jährliche Ersparnis von rund 6 1/2 Millio-
nen Mark herbeigeführt. In vollem Umfange
wird diese Ersparnis jedoch der Staatskasse erst
zu gut kommen, wenn der besondere Etat über die
Dispositionsgelder und Vorgeselder der zur Ver-
fügung gestellten Beamten seine Erzielung ge-
lunden haben wird. Für 1895—96 ist, da der
Dispositionsetat mit einer Summe von 3 722 000
Mark abschließt, als wirkliche Ersparnis an per-
sonellen Ausgaben die Summe von rund 2 1/2
Millionen Mark veranschlagt.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Der Eintritt des Ober-
präsidenten von Preußen, Grafen Stolberg, ist
für den Kenner der Verhältnisse nicht überraschend
gekommen; er war nur eine logische Folge der
Erklärung des Grafen für den Antrag Kanitz.
Die „Wagb. Ztg.“ kann aus ganz vorzüglicher
Quelle mittheilen, daß der Kaiser erklärt hat, daß
die Vertragstreue auf keine Weise verletzt werden
dürfe, jedes Mittel an der Hand zu ergreifen müsse
er auf das entschiedenste mißbilligen. Schon aus
diesem Grunde ist der Kaiser ein scharfer Gegner
des Antrages Kanitz, als der dieser Antrag
atmende Geist sich doch in direktem Gegensatz
mit den Handelsverträgen befindet. Aus dieser
Gesinnung hat der Kaiser sein Hehl gemacht, und
die am 23. Februar im Englischen Hause beim
Besuch des brandenburgischen Provinzialland-
tages gesprochenen Worte: „Ich möchte aber drin-
gend davor warnen, überhäufte Hoffnungen zu
hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu
verlangen“, waren die offenste Kriegserklärung
gegen den Antrag Kanitz. Das mußte verstanden
werden. Graf Stolberg hat sich, als er, um das
Reichstagsmandat für den Wahlkreis Westphalen-
Süd zu erlangen, sich für den Antrag
Kanitz ausgesprochen, auch ein, wenn auch verkappter
Gegner der Handelsverträge, an denen jedes
Mittel der Kaiser aufs äußerste gemißbilligt
hatte, hingewiesen. Der Schritt des Oberprä-
sidenten an den Ausland ausfindenden Provinz
mußte nicht nur in Regierungskreisen Verwirrung
herbeiführen, sondern auch anderswo den Eindruck
erwecken, als wenn die Ansicht des Kaisers über
das Fehlen der Verträge geändert habe. Das
wollte der Kaiser auf jeden Fall vermeiden
wissen und deshalb mußte Graf Stolberg gehen,
so schwer es dem Kaiser auch wurde, den sonst
zu verdienten Beamten zur Einreichung des Ent-
lassungsgesetzes zu veranlassen.

Zu der Unterredung Sr. Majestät des
Kaisers Wilhelm mit dem Herzog von Cumberland
wird der „Germania“ aus Wien, 4. März, ge-
schrieben: „Bei dem Begräbnis des Erzherzogs Albrecht
trafen sich der Kaiser Wilhelm II. und der Erbe
des Königs Georg von Hannover, der Herzog von
Cumberland, in der Hofburg. Die Begegnung
zwischen diesen beiden hohen Persönlichkeiten war
die erste. Die Unterredung war kurz und verbindlich

und bewegte sich auf neutralem Gebiete. Politische
Bemerkungen kamen selbstverständlich nicht vor.
Mit besonderem Interesse erkundigte sich der
Kaiser nach der greisen Königin von Hannover.
Kombinationslustige Politiker aus der höheren
Gesellschaft wollten der Begegnung eine größere
politische Bedeutung zuschreiben und zichen dabei
einen Wechsel in Braunschweig in Rechnung, für
welches der älteste Sohn des Herzogs von
Cumberland in Aussicht genommen sein soll.
Der junge talentvolle Prinz erhält im elterlichen
Schloß Unterricht nach deutschem Gymnasial-
Schema und soll nach einiger Zeit die letzte Aus-
bildung in Deutschland selbst erhalten.“

Auf die Grundlosigkeit der Mittheilungen
des „Figaro“ hinsichtlich einer „französisch-rus-
sischen Entente“ über die Theilnahme eines fran-
zösischen Geschwaders an den Feiertagen der
Gründung des Nord-Ostsee-Kanals ist bereits hin-
gewiesen worden. Aber auch die übrigen, that-
sächlichen Angaben des Pariser Boulevardblattes
erweisen sich als völlig unrichtig. Wie dieses den
Namen des Kommandanten des französischen Ge-
schwaders falsch bezeichnet hatte, erklärt nun auch
der gestern eingetroffene „Temps“, daß die Kriegs-
schiffe, die nach Kiel gehen werden, keineswegs
dem Mittelmeer, sondern dem Nord-Geschwader
entnommen werden sollen. „Die für diese Mission
bestimmten Kriegsschiffe“, sagt der „Temps“,
„sind noch nicht bezeichnet; jedoch werden
von den Küstenlinie verheben Panzer „Dema-
mapes“, der seine Proben beendet und seine end-
gültige Umrüstung erhalten hat, und der Kreuzer
erster Klasse „Jean-Bart“, an der Mission theil-
nehmen.“ In den französischen Kriegsschiffen herrscht
ausgesprochen rege Thätigkeit. Während in Cher-
bourg Wänder der Torpedobote und des dort
liegenden Geschwaders stattfanden, das Nord-
Geschwader in Guiberson aus mit Schieferflächen
im großen Stile sich beschäftigt, werden ander-
wärts die Transporte des Personals und des
Materials des Expeditionskorps für Madagaskar
eifrig vorbereitet. Wie der „Temps“ meldet, ist
es nunmehr gelungen, den weiteren Transport
durch französische Schiffe zu sichern. Zunächst
sind vier Schiffe der Compagnie nationale ge-
dankt worden. Das von einem Rheiderhause in
Bordeaux in England gekaufte Schiff „Alconaga“
ist unverzüglich mit dem französischen Namen
„Egypte“ ausgestattet worden. Ueber die Ab-
fahrzeiten der Transportdampfer sind endgültige
Bestimmungen noch nicht getroffen.

Von einigen Seiten wurde bei der Grö-
ßung der gegenwärtigen Kanalarbeit die Wunsch,
von anderen die Berücksichtigung gewünscht, daß
der schon seit längerer Zeit in Vorbereitung befindliche
Entwurf eines preussischen Wasserrechtsgesetzes wäh-
rend der Tagung an das Parlament gelangen
müßte. Es ist schon früher darauf hingewiesen,
daß dies nach dem Stande der Vorarbeiten ganz
unmöglich war, und die Thatfachen haben diesem
Hinweise Recht gegeben. Die aus den verschiede-
nen Ministerialreferats beschickte Kommission, wel-
che die Ausarbeitung des Entwurfs übertragen
war, hat Jahre hindurch gebraucht, um ihre Auf-
gabe zu lösen. Am Schlusse des Jahres 1893
galt sie ihre Arbeiten soweit gefördert, daß an
eine Veröffentlichung des selbstgeleiteten Vorlaufs
gedacht werden konnte. Als derselbe publiziert war,
mußte den an dem Wasserrecht interessierten Kreisen
wolge beinahe die gesamte erwerbende Bevölkerung,
umfassen, ein halbes Jahr Zeit zur Erläuterung
von Gutachten gegeben werden. Auch die ver-
schiedensten Verwaltungsbehörden und namentlich
diejenigen, auf deren Mitwirkung bei der Aus-
führung des Gesetzes gerechnet wird, wurden zu
Aussagen veranlaßt. In Folge dessen sind Be-
zichtigungen in einem Umfange und in einer Zahl
zu dem Wasserrechtsgesetzentwurf erfolgt, wie je
schwerlich schon bei anderen Entwürfen zu be-
obachten waren. Der Umfang des danach von
Neuem zu prüfenden Materials ist so groß, daß
garantiert daran zu denken ist, daß die Prüfung in
einer schon nahen Zeit beendet werden konnte.
Die zukünftigen behördlichen Stellen, welche mit
diesen Arbeiten betraut sind, werden eine ziemlich
lange Zeit gebrauchen, um den Entwurf soweit
zu fördern, daß an die Entscheidung der Frage,
ob seine Einbringung überhaupt opportun ist oder
nicht, vom Staatsministerium herangezogen werden
kann. Es ist deshalb vorläufig nicht daran zu
denken, daß der Entwurf eines preussischen Wasser-
rechtsgesetzes in den Kreis derjenigen gesetzgebenden
Vorlagen eintreten wird, welche auf eine baldige
Erledigung Anspruch machen.

Im kaiserlichen Patentamt wird fortgesetzt
an der Herstellung eines möglichst lückenlosen Ver-
zeichnisses der Freizeichen gearbeitet. Neuerdings
hat die Abtheilung für Waarenzeichen wieder ver-
schiedene wirtschaftliche Vereinigungen zu Auf-
stellungen über manche bei als Freizeichen aufge-
gebenen Marken hervorgetretene Zweifel veranlaßt.
Namentlich ist das bezüglich der Freizeichen der
Habelbusch-Gesellschaft, bei deren Markenbildern
auch die Entfernung der fremdsprachlichen Ausdrücke
zur Vereinfachung der etwa auftretenden Zweifel
über den Ursprung der Waare in Frage kommt.

Der preussische Handelsminister hat der
Handelskammer und wirtschaftlichen Vereinigun-
gen die Bestimmungen zugehen lassen, welche über
den Verkehr der Handelsreisenden in Rumänien
erlassen sind. Danach sind in Rumänien die
Distrikts-Präfekturen die einzigen Behörden, welche
zur Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten
befugt sind. Die deutschen Handelsreisenden
haben in Rumänien die Vorschriften des Gesetzes
über den Handel im Umherziehen und des
Reglements zu diesem Gesetze zu befolgen.
Danach haben die Reisenden der Handelskammer
und in Ermangelung einer solchen dem Oberbür-
germeisteramt schriftlich die Häuser anzugeben,
für welche sie thätig sind, sowie sich darüber aus-
zuweisen, daß sie befugt sind, die betreffenden
Häuser an dem Orte zu vertreten. Sie dürfen
nur im Namen und für die Großhändler und
Detailhändler, welche sie vertreten, Waaren an-
bieten und Bestellungen entgegennehmen.

Die oben erscheinende, im Reichsamt des
Innern herausgegebene „Ämtliche Liste der Schiffe
der deutschen Kriegs- und Handelsmarine mit
ihren Unterscheidungs-Signalen für 1895“ bildet
einen Anhang zu dem ämtlichen Werk, welches im
ersten Anzuge unter dem Titel „Signalbuch für
die Kauffahrteischiffe aller Nationen“ 1870 und
in zweiter Auflage unter dem Titel „Inter-
nationales Signalbuch“ 1884 herausgegeben ist.
Das Signalbuch gewährt den Schiffen die Mög-
lichkeit, durch Signale sich zu erkennen zu geben
und sonstige Mittheilungen unter einander, sowie
mit Signalstationen, auch dann auszutauschen,

wenn die Signalstationen Theile verschiedener
Sprachen sich bedienen. Zu diesem Zweck enthält
das Signalbuch eine große Anzahl sowohl voll-
ständiger Sätze, als auch zur Verbindung mit
einander geeigneter Sätze, einzelner Wörter,
Namen, Silben, Buchstaben und Zahlen, welche
durch Gruppen von je 2, 3 oder 4 der 18 Signal-
buchstaben B, C, D, E, F, G, H, J, K, L, M, N, P,
Q, R, S, T, V, W bezeichnet sind. Solcher
Gruppen, deren jede anders geordnete oder andere
Buchstaben enthält als alle übrigen, giebt es 306
von je 2 Signalbuchstaben (BC, BH, BF, BG
u. s. w. bis WV), 4396 von je 3 Signalbuchstaben
(BCD, BCF, BCG, BCH u. s. w. bis WVT)
und 73 440 von je 4 Signalbuchstaben (BCDE,
BCDG, BCDEH, BCDJ u. s. w. bis WVTS).
Alle 306 Gruppen von 2 Signalbuchstaben, alle
4396 Gruppen von 3 Signalbuchstaben und von
den Gruppen von 4 Signalbuchstaben die ersten
18 960 (BCDF bis GPVW) dienen zur Bezeich-
nung der in das Signalbuch aufgenommenen
Sätze, Sätze, Wörter u. s. w. Von den
übrigen Gruppen von 4 Signalbuchstaben sind die
1440 Gruppen von GQBC bis GWT zur Be-
zeichnung der Schiffe der Kriegsmarine und die
übrigen 53 040 Gruppen von HBOD bis WVTS
zur Bezeichnung der Schiffe der Handelsmarine
in der Art bestimmt, daß jedem Kriegs- und be-
ziehungsweise Kauffahrteischiff eine dieser (1440
+ 53 040 = 54 480) Signale als Unterschei-
dungs-Signal zugesetzt ist. Von den letztgenannten
53 040 Gruppen sind die Signale von SBOD bis
SBDW für die den kaiserlichen Kolonialverwal-
tungen in Afrika unterstellten Fahrzeuge be-
stimmt, soweit diese nicht zu den Kriegsschiffen
gehören. Jedem Staat stehen alle Unterscheidungs-
Signale beinahe zur Verfügung auf die Schiffe seiner
Flagge zur Verfügung. Schiffe von verschiedenen
Flaggen führen daher vielfach dasselbe Unter-
scheidungs-Signal. Schiffe unter derselben Flagge
niemals. Die Verteilung der Unterscheidungs-
Signale auf die einzelnen Schiffe wird durch die
zuständigen Behörden bewirkt. Jedem deutschen
Kaufahrteischiff wird gleich bei der Eintragung
in das Schiffsregister ein solches Unterscheidungs-
Signal beigegeben und in seinem Schiffs-Zertifikate
vermerkt. So lange das Schiff unter deutscher
Flagge fährt, behält es dieses Unterscheidungs-
Signal auch beim Wechsel seines Heimathlandes
oder seiner Registerbehörde bei. Die nach der
systematischen Reihenfolge der Unterscheidungs-
Signale geordnete Liste ergibt, welche Unter-
scheidungs-Signale den einzelnen Schiffen der
deutschen Kriegs- und Handels-Marine, sowie den
Regierungsschiffen in Afrika beigegeben sind.
Für die Schiffe anderer Staaten, welche das
Signalbuch ebenfalls angenommen haben, sind
ähnliche Listen vorhanden. Die Art und Weise,
wie die Unterscheidungs-Signale zu signalisieren
sind, ergibt sich aus dem in dem Signalbuch
enthaltenen Abschnitt über „Einrichtung und Ge-
brauch des Signalbuchs“. Will ein Schiff sich
einem anderen Schiff, einer Signalstation u. s. w.
zu erkennen geben, so muß es außer seinem Unter-
scheidungs-Signal stets auch seine Nationalflagge
zeigen, da, wie erwähnt, Schiffe verschiedener
Flaggen vielfach dasselbe Unterscheidungs-Signal
führen. Ein Schiff, welches das Unterscheidungs-
Signal eines anderen Schiffs wahrnimmt, kann
dessen Namen, Heimathshafen, Ladungsfähigkeit
und Dampftrakt aus der Liste sofort ersehen.
Bezieht es die Liste nicht, so wird es sich be-
züglich der Feststellung oder Weitermeldung der
Nationalität und des Unterscheidungs-Signals zu
erkundigen haben. Häufig erscheinen neue Ausgaben
dieser Schiffsliste und im Laufe jedes Jahres drei
Nachträge zu derselben.

Der Bestand der deutschen Kauffahrte-
flotte an registrierten Fahrzeugen mit einem
Bruttoreumgehalt von mehr als 50 Kubikmetern
belle sich nach dem eben ausgegebenen ersten
Hefte des Jahrgangs 1895 der Vierteljahrshefte
zur Statistik des deutschen Reiches am 1. Januar
1894 auf 3729 Schiffe mit einem Gesamt-
raumgehalt von 1 522 068 Register-Tons netto, wo-
gegen am 1. Januar 1889 3635 Schiffe mit
1 233 894 Register-Tons vorhanden waren. Unter
den Schiffen waren am 1. Januar 1894 2713
Segelschiffe mit 698 356 Register-Tons und 1016
Dampfer mit 823 702 Register-Tons, während
am 1. Januar 1889 die Zahl der Segelschiffe
2685 mit 751 315 Register-Tons, der Dampfer
750 mit 502 579 Register-Tons betrug. Ergeben
die letztgenannten Zahlen für Segelschiffe 79,4
Prozent, für Dampfer 20,6 Prozent des Gesamt-
bestandes an Schiffen mit einem Anteil am
Gesamtumfanggehalt von beziehungsweise 59,3
Prozent und 40,7 Prozent, so zeigen die Zahlen
am 1. Januar 1894 für die Segelschiffe und
Dampfer bezw. deren Netto-Raumgehalt das Ver-
hältnis 72,8 : 27,2 und 45,9 : 54,1. Die hier-
aus ersichtliche Abnahme des Segelbestandes be-
trifft lediglich die Größenklassen von 50 bis unter
1000 Register-Tons netto und ist am stärksten in
der Größenklasse von 50 bis 600 Register-Tons
Raumgehalt (42 Prozent), während die Zahl der
Fahrzeuge mit weniger als 30 Register-Tons von
662 auf 790 (um 19,3 Prozent), mit 30 bis
unter 50 Register-Tons von 520 auf 573
(um 10,2 Prozent) sowie derjenigen mit 1000 Register-
Tons und darüber von 286 auf 248 (um 33,3
Prozent) sich erhöht hat. Bei den Dampfern
zeigt sich eine Vermehrung der Schiffszahl durch
fast alle Größenklassen, doch auch hier im All-
gemeinen am stärksten in den oberen Größenklassen.
So haben die Dampfer von 1000 Register-Tons
und darüber sich von 197 auf 311 oder um 57,9
Prozent vermehrt; bei den Größenklassen unter
1000 Register-Tons beträgt die Zunahme für
Dampfer mit weniger als 100 Register-Tons
— von 176 auf 241 — 36,9 Prozent, während
solche von 100 bis unter 1000 Register-Tons nur
eine Vermehrung um 23,1 Prozent (von 177 auf
218) aufweisen. Unter der Gesamtzahl der
Segelschiffe befinden sich am 1. Januar 1894
15 = 0,55 Prozent viermastige, 623 = 22,96
Prozent dreimastige, 1391 = 51,27 Prozent zwei-
mastige, 63 = 2,23 Prozent einmastige Schiffe
und 81 = 2,99 Prozent führten keine Masten.
Von den vorhandenen Dampfern waren 52 = 5,1
Prozent Räderdampfer und 964 = 94,9 Prozent
Schraubenampfer.

Posen, 7. März. Der königliche Distrikts-
kommissar Garmaritz in Nitrowa erklärt die von
Nitrowa aus verbreitete Nachricht betreffend plötz-
liche Enthebung des Direktors des Grenzollants
in Kolisch von seinem Amte wegen Unterschlagung
von Geldebeträgen für erfunden. Der Kammer-
direktor Garmaritz, ein sehr gewissenhafter Beamter
und Ehrenmann, sei ungestört im Amte und
werde den Urheber der Nachricht, falls seine Er-
mittelung gelingt, zur gerichtlichen Verantwortung
ziehen.

mittelung gelingt, zur gerichtlichen Verantwortung
ziehen.

Bremen, 7. März. Der ausgehende Schnell-
dampfer des Norddeutschen Lloyd „Saale“ sah
gestern früh außerhalb der Wehr das Panzer-
schiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ aus der
Zahme kommen und nach Helgoland dampfen. Der
Kaiser, welcher sich an Bord befand, ließ die
„Saale“ durch Signale auffordern, ihren Namen
zu zeigen, und signalisierte, nachdem dieses ge-
schehen: „Ich wünsche Ihnen glückliche Reise.“

Odenburg i. Gr., 7. März. Verehrer des
Fürsten Bismarck in Odenburg haben beschlossen,
ihm als Geburtstagsgeschenk einen kunstgeschmiedeten
Eichenzweig mit silbernen Eichen, ein wahres
Kunstwerk, zu überreichen, während die Land-
wirthe des Großherzogthums zwei prächtige
Zuchtschafe als Geburtstagsgabe darbringen
werden. Der und fast aller Orten wird der
Geburtstag durch Kommerz gefeiert werden.

Koburg, 7. März. Der Vorstand des
Thüringer Städtebundes schlägt den Verbandsstädten
vor, dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht
gemeinsam zu ertheilen. Die Stadtverordneten-
versammlung hat diesem Vorschlag mit 14 gegen
3 Stimmen zugestimmt.

Frankreich.

Paris, 7. März. Deputiertenkammer. Be-
rathung des Militäretats. Cavaignac setzt seine
Rede vom Dienstag fort und stellt fest, daß der
gesamte Effectivbestand Deutschlands um 50 000
Mann stärker ist als der Frankreichs. Redner be-
dauert zum Schlusse seiner Rede den häufigen
Wechsel des Kriegsministers und beklagt die
Bildung einer zweiten Kontingentsportion über
die Einführung der zweijährigen Dienstzeit.
Kriegsminister General Zurlinden antwortet, die
Regierung beschäffte sich mit einer Vorlage über
die Effectivbestände. Der Oberkriegsrath werde
sich für einen Effectivbestand von 125 Mann
für die Compagnie und von 175 Mann für die
Kompanien an den Grenzen aussprechen. Das
Gesetz von 1889 gestalte die Aufstellung einer
aus ausgebildeten, gut disziplinierten und an An-
forderungen gewöhnten ersten Armee. Eine Ver-
mehrung der zweiten Kontingentsportion sei nicht
nötig. Was das deutsche System anlangt, so
konne ein Krieg allein den größeren oder ge-
ringeren Werth derselben beweisen. Der Minister
schließt: „Wir haben gewiß noch viel zu thun,
die Kammer kann aber Vertrauen zu der
Thätigkeit der Heerführer haben. Wir werden
dafür sorgen, daß die Armee es Frankreich stets
ermöglichen wird, mit Festigkeit und Energie
seine Rolle in der Welt zu spielen.“ (Beifall.)
Barant (Sozialist) beantragt die Aufhebung
des stehenden Heeres und Ersatz desselben durch
eine Volksmiliz. (Beifall auf der äußersten
Linken.)

Paris, 7. März. In der Kammer kam es
kurz vor dem Schlusse der Generaldebatte über das
Militärbudget zu einem Zwischenfall aus Anlaß
des Entschlusses der Regierung, die Einladung
Kaiser Wilhelms zur Eröffnung des Nordsee-
kanals anzunehmen. Zuerst hatte in einer an der
Abtheilung des Heeres ein weitläufiges Pro-
gramm entwickelt, dem der Gedanke zu Grunde
lag, daß das heutige Gesellschaftssystem
untrennbar sei vom Militarismus und der
bestehenden Kriegsgesellschaft. Minister-Präsident
Ribot hatte, unter fortwährenden Zurufen der
Sozialisten, die stürmisch verlangten, er solle die
Tribüne bestiegen, vom Plak aus diese Theorien
entkräftet zurückgewiesen, als der Deputierte Pierre
Richard, derselbe, an den Deponie vorgeföhren
den Protestbrief gerichtet hatte, das Wort ergriff.
Unter Lärm und heftiger Bewegung der Kammer
erklärte er, die Regierung habe kein Recht, auf die
internationalen Theorien zu entrüsten zu an-
worten in einem Augenblick, wo sie der fran-
zösischen Nation die grausamste Erniedrigung zu-
müthe. Mehrfach zur Ordnung gerufen, föhrt
der Redner fort, das Kabinett wegen der Räder
Entschließung auszuweisen. Man solle sich hüten,
den Grund verschwinden zu lassen, der allein die
Opfer, die man verlange, rechtfertige. Er hoffe
noch, daß die Regierung den gestakten Beschluß
nicht ausführen werde. Ministerpräsident Ribot
verzögerte auf eine Entgegnung.

Italien.

Rom, 7. März. Wie verlautet, würde der
Herzog von Genoa das nach Kiel gehende Ge-
schwader beschließen.
Die Anwälte Giolittis reichten heute die
Raffassationsbeschwerde ein gegen den Beschluß
der Anlagenkammer, durch welchen alle von
Giolitti beantragten Ausnahmestellungen aufge-
hoben wurden.

Großbritannien und Irland.

London, 7. März. In der Denkschrift zu
dem Vorschlage des Kriegsdepartements wird
die Forderung (?) ausgesprochen, daß im Laufe des
Jahres ein Bataillon der Truppen aus Egypten
abgerufen werden könne. Hierdurch werde eine
Anzahl Mannschaften zur Ergänzung der englischen
Garisolen aus den südafrikanischen Kolonialstationen
verfügbar.

London, 3. März. Unterhaus. Der Par-
lamentarische Sekretär im Kolonialamt Burton spricht
die Bezeichnung aus, daß, so lange andere Länder
in Afrika benachbarte Besitzungen haben, über
welche Brantwein eingeföhrt werden kann, es für
England unmöglich sei, den Brantweinhandel zu
unterdrücken. England erhöhe bereits in seinen
Kolonen die Brantweinsteuern, die im Allge-
meinen höher seien, als die in den benachbarten
deutschen und französischen Kolonen erhobenen
und auch höher, als die durch die Älter der Brüs-
seler Konferenz festgesetzte Tarif. Burton erklärt
ferner, der Gedanke, britische Dollars zu prägen,
sei Ende 1893 in Hongkong aufgetaucht und im
letzten Jahre wieder aufgelebt; jetzt habe die eng-
lische Regierung den Vorschlag genehmigt. Es
seien Vorlesungen getroffen worden, den neuen
Dollar von der indischen Münze für den Umlauf
in den Straits Settlements Hongkong, Insel
Labuan und Nord-Borneo in Konkurrenz mit dem
malayischen Dollar ausgeben zu lassen. Der
Parlamentarische Sekretär des Answärtigen Grey erklärt,
der am 5. d. Mts. im „Daily Telegraph“ ver-
öffentlichte Bericht aus Moskau würde dem eng-
lischen Vorschlag gefandt werden zur Mittheilung
an den englischen Delegirten in der Kommission.
Der englische Vorschlag stehe in beständiger Ver-
bindung mit einem französischen und russischen
Kollegen und werde im Verein mit denselben
alles, was nötig und möglich sei, thun, um für
die Sicherheit der christlichen Bevölkerung zu
sorgen.

Asien.

Der Berichterstatter der „Ball Mall Gazette“
in Japan schreibt: „Das weibliche Interesse,
welches die Kaiserin von Japan seit Beginn des
Jahres für die Wohlthat der Truppen stets
gezeigt hat, manifestiert sich aufs neue dadurch,
daß sie auf ihre Kosten allen verstümmelten Sol-
daten künstliche Gliedmaßen anschaffen will. Zum
Glück giebt es außerordentlich wenige japanische
Verwundete. Die meisten Soldaten, welche in
den Hospitälern liegen, leiden an der Ruhr oder
haben erkrankte Glieder. Und selbst diese Fälle
find nicht so zahlreich, wie man hätte befechten
müssen, weil so vorzüglich namentlich in Bezug
auf Kleidung für die Mannschaften gesorgt wird.
Es ist wahr, daß viel von dem Anzug eines japani-
schen Soldaten aus Papier besteht. Die
Japaner verstehen es aber, aus Papier ein
Kleidungsstück anzufertigen, welches die Baum-
wollenabstrakte Kanakshirts sehr gut ersetzen kann.
In japanischen Städten sind die Läden voller
papierner Röcke, Hosen, Strümpfe u. s. Sie
haben Knöpfe und Besatz, als ob sie zwölf Mal
zur Wäsche geschickt werden könnten. Der Anzug
kostet nur 1 Mark, hält aber freilich nur eine
Woche.“

Der Sonderberichterstatter des „New York
Herald“, Oberst Codrill, schreibt von Yokohama
unter dem Datum des 15. Februar: „Deute traf
die erste amtliche Besichtigung der Einnahme Be-
schreibung hier ein. Das Ereignis wurde aber
schon vor einigen Tagen gefeiert. Es wurde ein
imposanter Zug durch die Stadt gehalten. 3000
bis 4000 Laternen tragende Personen nahmen an
demselben Theil. Auf Stangen wurden aus
Papier Machs angefertigte Schienensysteme im Zuge
getragen. Häufig erschollen Rufe aus demselben:
„Verwünschter Engländer.“ In Japan glaubt
Jeder, daß sich England früher oder später auf
die Seite Chinas stellen wird. Zudem hält der
gewöhnliche Japaner jeden, welcher europäische
Kleidung trägt, für einen Engländer. Es ist aller-
dings wahr, daß die in Japan wohnenden
Engländer die Japaner seit Jahren so behandelt
haben, wie die Normannen die besiegten Sachsen.
Es ist bezeichnend, daß das Personal der
britischen Gesandtschaft in Tokio und die Offiziere
des im Hafen liegenden britischen Kriegsschiffes
„Albatros“ keine Einladung erhielten, dem Ver-
einigungsfest des Prinzen Arisugawa beizuwohnen.
Die Russen wurden eingeladen. . . Sollte sich
der Krieg in die Länge ziehen, so werden die
japanischen Finanzen es fühlen. Eine Anleihe im
Innern kann nicht wieder aufgenommen werden. Viele
der früheren Zeichnungen sind bis heute nur halb
eingezahlt worden. . . Ist Japan zu einer An-
leihe im Auslande gezwungen, so wird es sich wahr-
scheinlich an die Vereinigten Staaten wenden, da
von England nichts zu hoffen ist. Die Amerikaner
sind in Japan populär. . . Es befindet sich zur
Zeit eine geheime russische Gesandtschaft in
Tokio. Man glaubt, daß dieselbe eine „Entente“
mit Japan herstellen will. . . Es heißt, daß
der Kaiser von Japan, sobald Aufschung erobert
ist, sich nach Port Arthur begeben und seine gegen
Belag vorrückenden Armeen besuchen wird.“

Amerika.

Washington, 7. März. Der Staatssekretär
Gresham beauftragte den amerikanischen Gesandten
in Madrid, Taylor, die spanische Regierung zu
versichern, daß außerordentliche Vorkehrungen
getroffen würden, um die Organisation über
die Abreise von Freibeutern nach Kuba zu ver-
hindern.

21. Provinzial-Landtag von Pommern.

IV.

Stettin, 8. März.
Die heutige (4.) Plenar-Sitzung wurde heute
vormittag 10 Uhr von Herrn v. Köller-Cant-
recht mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet.
Der Landtag beschließt, die königliche Staats-
regierung zu ersuchen, einen Erlaß auszuarbeiten,
durch welchen den Kreisen und Gemeinden (Städ-
bezirken) das Recht eingeräumt wird zur Heran-
ziehung von Fabriken u. s. mit Vorausleistungen
für den Wegebau in der Provinz Pommern; aus-
geschlossen sollen Staats-Chaussees sein und Kunst-
straßen für den Fall, daß die Mehrbelastung durch
Erhebung von Chausseegeld befreit wird.
Von dem Bürgermeister und Rath der
Stadt Stralsund ist eine Petition eingegangen,
worin um eine Beihilfe von 250 000 Mark
(125 000 Mark Prioritäts-) und 125 000 Mark
Stammaktien) zu den Kosten der Nebenbahn
Stralsund-Hindenburg-Franzburg-Dirfrees gebeten
wird. Die Kommission, welche die Vorlage be-
rathen, stellt die Petition günstig gegenüber, trog-
dem beantragt sie Uebergang zur Tagesordnung,
weil sie das Projekt noch nicht für hinreichend
vorbereitet hält.
Der Bürgermeister v. a n d e n b u r g
Straßund tritt für die Petition ein, indem er auf
die Wichtigkeit der projektierten Bahnlinie hinweist,
und gleichzeitig auf den Nachtheil, welcher ent-
stehen würde, wenn in Folge des ablehnenden
Beschlusses die Sache noch ein Jahr ruhen müßte.
Hiernach stellt den Antrag, daß sich der Landtag
mit der Vangefälligkeit v. a n d e n b u r g
erkläre und sich bei Gründung der Aktien-Gesell-
schaft mit 200 000 Mark (100 000 Mark Priori-
tät-) und 100 000 Mark Stammaktien) beteilige.
Der Landtag v. a n d e n b u r g
Straßund ist zwar der Ansicht, daß der Kreis Franzburg
sein so erhebliches Interesse an dem projektierten
Bahnbaue habe, er empfahl aber trotzdem den
Brandenburgischen Antrag.
Für denselben trat auch Herr Justizrath
v a n g e m a l t e Straßund warm ein, derselbe stellt
entw. anheim, die Bewilligung der Beihilfe in
der Voraussetzung auszusprechen, daß das Aktien-
kapital zur Hälfte aus Prioritäten und aus
Stammaktien besteht.
Der Oberbürgermeister v. a n d e n b u r g
Stettin empfiehlt den Antrag Brandenburg mit dem Zusatz
Vangemal.
Der v. a n d e n b u r g Odenburg erklärt, daß
der Kreis Franzburg kein besonderes Interesse an
der Angelegenheit habe, daß vielmehr die Stadt
Straßund im eigenen Interesse den Bahnbaue in
die Wege geleitet habe, doch tritt er auch für
Genehmigung der Petition ein.
Für den Antrag der Kommission plädiert
Herr Graf v. S c h w e r i n - S t e i n m ü n d e.
Von Herrn v. a n d e n b u r g - Odenburg wird
der Antrag gestellt, das Gesetz der Stadt Stralsund

THE UNIVERSITY OF CHICAGO